

*(32)

Ende des Fernsehmonopols

Nachdem vor einigen Jahren das Verbot von neuen Zeitungen und Rundfunksendern aufgehoben worden war, ist jetzt auch das Fernsehmonopol gebrochen worden. Am 16. Juni hat ein von der Regierung eingesetztes neutrales Komitee bestehend aus 11 Mitgliedern - Akademiker, Journalisten, Beamte - beschlossen, die Lizenz zur Gründung eines landesweit neuen kabellosen Fernsehsenders an die Firma "People Broadcasting Corp." (PBC), die in enger Beziehung zur größten Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) steht, zu vergeben. Bislang gibt es in Taiwan drei landesweite Fernsehsender: die Taiwan Television Enterprise (TTV) gehört zu 49% zur Provinzregierung Taiwan, das Chinese Television System (CTS) zu 36% zum Verteidigungsministerium und die China Television Company (CTV) zu 68% zur Regierungspartei KMT.

Die Opposition hat den drei Sendern ständig politische Abhängigkeit vorgeworfen. Besonders im Wahlkampf wurden sie jedes Mal wegen ihrer einseitigen Unterstützung für die Kandidaten der KMT scharf kritisiert. Der neue Sender PBC gehört zwar nicht direkt zur DPP, doch ihre Initiatoren sind alle Politiker der DPP. Um die Lizenz des vierten Senders haben sich neben PBC noch zwei andere Firmen, die Asia-Pacific Television Co. (APT) und die Harvest Television (HT) beworben. Bei der Entscheidung hat PBC sechs der 11 Stimmen erhalten und die HT vier. Für die APT, deren Besitzer ein führender KMT-Politiker ist, wurde nur eine Stimme abgegeben. (AWSJ, 19.6.95; SCMP, 17.6.95)

Laut Hu Zhiqiang (Jason C. Hu) wird die Liberalisierung der Fernsehprogramme fortgesetzt. Ein fünfter Sender ist bereits in Planung. (LHB, 17.6.95) -ni-

Hongkong und Macau

*(33)

Beijings Richtlinien zur Regelung der zukünftigen Beziehungen zwischen Hongkong und Taiwan

Auf der 5. Plenarsitzung des Einleitenden Arbeitskomitees ("Preliminary Working Committee", PWC) des ge-

planten Vorbereitungs Komitees für die chinesische Übernahme von Hongkong ("Preparatory Committee for the Hongkong Special Administrative Region") hat Qian Qichen, Vizepremier der chinesischen Regierung und PWC-Vorsitzender, am 22. Juni sieben Prinzipien für die zukünftigen Beziehungen zwischen Hongkong und Taiwan nach der Rückgabe der britischen Kolonie an die VR China 1997 bekanntgegeben:

1. Die bestehenden Beziehungen zwischen den Bevölkerungen von Hongkong und Taiwan einschließlich des Wirtschafts- und Kulturaustausches sowie des Personenverkehrs ändern sich grundsätzlich nicht.
2. Taiwanische Investitionen aller Art, Handels- und andere Geschäftsaktivitäten in Hongkong werden begrüßt und gefördert, die Rechte und Interessen der taiwanesischen Bevölkerung oder taiwanesisches Kapital in Hongkong werden per Gesetz geschützt.
3. Nach dem "Ein-China-Prinzip" werden die Luft- und Schifffahrtslinien zwischen der Sonderverwaltungszone (SVZ) Hongkong und der Region Taiwan als "regionale Sonderlinien" behandelt. Der See- und Luftverkehr zwischen der SVZ Hongkong und der Region Taiwan werden nach dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils durchgeführt.
4. Die Einwohner von Taiwan können gemäß den Gesetzen der SVZ nach und aus Hongkong reisen, dort die Schule besuchen, einen Beruf ausüben oder sich dort niederlassen. Um den Einwohnern Taiwans die Ein- oder Ausreise in bzw. aus Hongkong zu erleichtern, wird die chinesische Zentralregierung die Frage der Reisedokumente regeln.
5. Auf der Basis des Prinzips von Nichtunterordnung und Nichteinmischung untereinander und gegenseitiger Respektierung können private Körperschaften und religiöse Organisationen der SVZ Hongkong in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Technik, Kultur, Kunst, Sport, Spezialberufe, Gesundheitswesen, Gewerkschaften, öffentlicher Wohlfahrt, Sozialarbeit u.a. ihre Beziehungen mit den entsprechenden privaten Körperschaften und Organisationen der Region Taiwan aufrechterhalten und ausweiten.
6. Alle amtlichen Kontakte, Verhandlungen, Unterzeichnung von Ver-

einbarungen und Gründung von Organisationen zwischen der SVZ Hongkong und der Region Taiwan müssen von der Zentralregierung Chinas oder dem Exekutivchef der SVZ in konkretem Auftrag der Zentralregierung genehmigt werden.

7. Die z.Z. in Hongkong bestehenden taiwanesischen Institutionen samt Personal dürfen weiter bleiben. Sie müssen bei ihren Aktivitäten das Grundgesetz der SVZ Hongkong befolgen, dürfen nicht gegen das "Ein-China-Prinzip" verstoßen und keine Aktivitäten ausüben, die die Stabilität und Prosperität Hongkongs beeinträchtigen oder der Eigenschaft ihrer registrierten Tätigkeit nicht entsprechen. (DGB, 24.6.95; LHB, 23.6.95; SWB, 24.6.95)

Qian wies darauf hin, daß die Beziehungen zwischen Hongkong und Taiwan ab 1997 ein Sonderbestandteil der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße seien. Alle Angelegenheiten bezüglich der staatlichen Souveränität oder der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße würden von der chinesischen Zentralregierung geregelt oder von der SVZ-Regierung Hongkong unter der Anleitung der Zentralregierung behandelt.

Das PWC hat einstimmig die sieben Prinzipien unterstützt. Ferner wurde durch Beschluß vorgeschlagen, das Vorbereitungs-komitee für die Errichtung der SVZ Hongkong, das 120-150 Mitglieder haben soll, davon über 50% aus Hongkong, im Januar 1996 zu gründen. Das PWC wird vom 7. bis 9. Dezember d.J. seine 6., d.h. auch die letzte, Sitzung in Beijing abhalten. (DGB, 26.6.95) -ni-

*(34)

Sino-britische Einigung über die Einrichtung eines Berufungsgerichts und die Finanzierung des neuen Flughafens von Hongkong

Nach langen und zähen Auseinandersetzungen haben London und Beijing endlich neue Kompromisse zur Beilegung der Restfragen über die Einrichtung eines Berufungsgerichts der letzten Instanz und die Finanzierung des neuen internationalen Flughafens der britischen Kolonie, die am 1. Juli 1997 an China übergeben wird, erzielt. Nach der beiderseitigen Vereinbarung vom

9. Juni soll das höchste Berufungsgericht am Tag der Wende, also dem 1. Juli 1997, offiziell eingerichtet werden. Ursprünglich wollte die britische Kolonialregierung das Gericht noch vor der Übergabe einsetzen, um keine Justizlücke zu hinterlassen, doch Beijing behauptete, die Briten hätten kein Recht zur Gründung des Gerichts für die Zeit nach der Übergabe und drohte an, das von den Briten einseitig geschaffene höchste Gericht abzuschaffen und ein neues unter eigener Regie zu gründen.

Im Gegenzug zur britischen Konzession in bezug auf das Datum der Gerichtsgründung war die chinesische Seite zu dem Zugeständnis bereit, daß die britische Kolonialregierung das Verfahren zur Gesetzgebung für die Gründung des Gerichts sofort einleitet und noch vor Ende Juli 1995 vollendet. Die Gründung des Gerichts wird aber von einer von Beijing designierten Nachfolgeregierung für Hongkong in Zusammenarbeit mit der britischen Seite (einschließlich der diesbezüglichen Abteilungen der Kolonialregierung) gemäß dem Grundgesetz Hongkongs unter der chinesischen Souveränität und dem neuen Gesetz für das Gericht vorbereitet.

Ein anderer Streitpunkt war, ob im Gesetz ein Satz über die staatlichen Hoheitsakte wie Verteidigung, Außenpolitik u.a., die das Gericht nicht verhandeln darf, erwähnt werden soll. Hier soll die britische Seite eine weitere Konzession gemacht haben. Sie soll nach der Vereinbarung bei der Gesetzgebung über das höchste Gericht die vom chinesischen Einleitenden Arbeitskomitee des Komitees zur Vorbereitung der Sonderverwaltungszone Hongkong am 16. Mai d.J. verabschiedeten Vorschläge als Grundlage nehmen, in denen wie im Grundgesetz die exklusive Klausel über die staatlichen Hoheitsakte steht. (DGB, 11.6.95; SWB, 12.6.95)

Was die Finanzierung des neuen Flughafens betrifft, hat Beijing am 30. Juni das Zugeständnis gemacht, daß die britische Kolonialregierung die eventuell durch höhere Gewalt verursachten zusätzlichen Kosten für das Bauprojekt übernehmen darf. (DGB, 2.7.95; XNA, 1.7.95) Der neue Flughafen kann nach Angaben der Hongkonger Regierung erst 1998 statt 1997 in Betrieb genommen werden. -ni-

Oskar Weggel

Macht und Ohnmacht des Militärs im Zeitalter der Reformen

- Eine Serie in drei Teilen -

Teil 1: Spaltprodukt VBA?

Gliederung:

- 1 Die VBA als Zwitter
- 1.1 Die drei widersprüchlichen historischen Erfahrungen der VBA
 - 1.1.1 "Hirse und Gewehr"
 - 1.1.2 "Stahl und Eisen"
 - 1.1.3 "Geld und Markt"
 - 1.1.4 Gemisch
- 1.2 Die 5 (bisweilen mäandrischen) "Modernisierungs"-Ansätze
 - 1.2.1 Politisch-ideologische Modernisierung
 - 1.2.2 Strategische Modernisierung
 - 1.2.3 Strukturell-organisatorische Modernisierung
 - 1.2.4 Waffentechnische Modernisierung
 - 1.2.5 Soziale Modernisierung: Zur Stellung des Soldaten in der Gesellschaft
- 1.2.6 Fragen
- 1.3 Die 5 großen Revirements als Versuche, die Militärreihen zu begründen
 - 1.3.1 Die Vorrunde von 1977
 - 1.3.2 Runde 2 (1980)
 - 1.3.3 Die Generalüberholung von 1985
 - 1.3.4 Revirement Nr. 4 (1990): Konsequenzen aus dem "4. Juni 1989"
 - 1.3.5 Revirement Nr. 5 (1994)
- 1.4 Linien- und Grabenkämpfe
 - 1.4.1 Die Entmachtung des Yang-Clans...
 - 1.4.2 ...und der Aufstieg der "Jiang Zemin-Generation"
 - 1.4.2.1 Die "Dritte Generation"
 - 1.4.2.2 Durchbruch der Deng Xiaoping-Linie
 - 1.4.3 Eifersüchteleien zwischen den Waffengattungen
 - 1.4.4 Disziplinverstöße bei den Rekruten
 - 1.4.5 Redisziplinierungsversuche
 - 1.4.5.1 Beförderungen
 - 1.4.5.2 Organisatorische Straffung
 - 1.4.5.3 Bessere Ausstattung des Militärs
 - 1.4.5.4 Politstudium als Disziplinierungsinstrument: ein zweischneidiges Schwert